

---

Gerd F. Hepp  
Paul-Ludwig Weinacht

Wieviel  
*Selbständigkeit*  
brauchen  
Schulen

Schulpolitische Kontroversen  
und Entscheidungen in Hessen  
(1991–2000)

## Inhalt

<b>1</b>	<b>Einleitung: Problemhorizont - Fragestellungen – Vorgehensweise</b> (G.F. Hepp, P.-L. Weinacht)	<b>1</b>
1.1	Das steuerungstheoretische Argument	2
1.2	Das partizipations- und demokratietheoretische Argument	4
1.3	Das hessische Autonomiemodell: Allgemeine Perspektiven aus der Sicht der Politikwissenschaft	7
1.4	Konkrete Fragestellungen und Vorgehensweise	9
<b>2</b>	<b>Schulpolitische Profile und Entwicklungstrends: Hessen von 1945 - 1991</b> (G.F. Hepp)	<b>14</b>
2.1	Die Phase des Aufbaus und Ausbaus bis Ende der sechziger Jahre	14
2.2	Die Phase der schulpolitischen Polarisierung in den siebziger Jahren	17
2.3	Die Phase der »Konsolidierung« bis Ende der achtziger Jahre	21
2.4	Schulpolitik unter der Regierungsverantwortung der CDU (1987 - 1991)	23
2.5	Schlußbemerkungen	25
<b>3</b>	<b>Die Schulpolitik der 90er Jahre: Das Projekt der teilautonomen Schule – Akteure, Kontroversen und Etappen des politischen Prozesses</b> (G.F. Hepp)	<b>27</b>
3.1	Zur Genese des Schulgesetzentwurfs von 1992: Ausgangssituation - allgemeine Zielsetzungen - strategisches Vorgehen	28
3.2	Konkurrenzdemokratie pur: Das Reformgesetz auf dem parlamentarischen Prüfstand	33
3.2.1	Die »Philosophie« des Reformgesetzes	34
3.2.2	Die erste Lesung im Hessischen Landtag	35
3.2.3	Der Schulgesetzentwurf im Anhörungsverfahren	36
3.2.4	Der Schulgesetzentwurf in der zweiten und dritten Lesung	42
3.3	Die zweite Etappe der Autonomiepolitik: Die Gesetzesnovelle von 1997	47
3.3.1	Die Reformpolitik unter dem Spardiktat	48
3.3.2	Von der Landtagswahl vom 19. Februar 1995 zur Koalitionsvereinbarung für die Legislaturperiode 1995 – 1999. Das steuerungstheoretische Argument	50
3.3.3	Zu den Startbedingungen der Schulgesetznovelle	53
3.3.4	Die Schulgesetznovelle in der parlamentarischen Beratung	55
3.3.5	Die abschließende Plenardebatte: Verlauf und Fazit	63
3.4	Kurskorrektur in der Schulpolitik nach der Landtagswahl vom 7. Februar 1999	66
3.4.1	Wahlkampf und Regierungswechsel	66
3.4.2	Das Erste Gesetz zur Qualitätssicherung: Neue Rechtsgrundlagen für eine qualitätsorientierte Schulentwicklung	70
3.4.3	Der Gesetzentwurf in der ersten Lesung des Landtags	73
3.4.4	Anhörungsverfahren und abschließende Beratungen	75

<b>4</b>	<b>Hessische Verbände als Akteure der Schulpolitik 1992 – 1999</b>	<b>81</b>
	(R. Sandvoß, P.-L. Weinacht)	
4.1	Einleitung: Verbandliche Akteure der Schulpolitik	81
4.2	Interessenvertretungen der Lehrer und Schulleiter	82
4.2.1	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)	82
4.2.2	VBE-Verband Bildung und Erziehung, Landesverband Hessen e.V.	90
4.2.3	Hessischer Philologenverband (HPhV)	95
4.2.4	Verband der Lehrer an Grund-, Haupt-, Real-, Sonder- und Gesamtschulen (VDL)	102
4.2.5	Stellungnahmen der Bundesvereinigung der Oberstudiendirektoren, Landesverband Hessen und der Interessengemeinschaft Hessischer Schulleiterinnen und Schulleiter e.V. zu den Schulgesetzen	104
4.3	Interessenvertretungen der Eltern	105
4.3.1	Landeselternbeirat (LEB)	105
4.3.2	Der Hessische Elternverein e.V.	109
4.3.3	Elternbund Hessen (ebh)	110
4.3.4	Landeschülerinnen und -schülervertretung (LSV)	112
<b>5</b>	<b>Die hessische Schulpolitik im Spiegel der Presse</b>	<b>115</b>
	(E.-M. Ebenhöf, K.L. Kruppa, E.-M. Schauenberg, P.-L. Weinacht)	
5.1	Der Landtagswahlkampf 1994/1995	115
5.2	Der Landtagswahlkampf 1998/1999	118
5.3	Schulpolitik im Verhältnis zu anderen Wahlkampfthemen	120
5.4	Schulpolitische Gesamterhebung für die Frankfurter Allgemeine Zeitung	121
<b>6</b>	<b>Schulverwaltung und Schulaufsicht – Subjekt und Objekt der Reform</b>	<b>128</b>
	(P.-L. Weinacht)	
6.1	Bildungsverwaltung im Wandel	129
6.1.1	Anpassungsdruck	129
6.1.2	Merkmale der Schulaufsicht in Hessen	129
6.1.3	Ende der Kultusverwaltung? Eine Zwischenbetrachtung	130
6.1.4	Das neue Verwaltungsmodell	132
6.2	Das Kultusministerium als Träger der Reform	134
6.2.1	Konzeptionelle und strategische Verantwortung	134
6.2.2	Aufgabenkritik und Fiskalisierung der Reform	136
6.2.3	Aufgabenkritik als Voraussetzung	138
6.2.4	Zweistufigkeit der Aufsicht und Verminderung der Schulämter	139
6.2.5	Neue Unterstützungsleistungen für die Schulen	143
6.3	Ergebnisse der Verwaltungsreform in nachgeordneten Einrichtungen	145
6.3.1	Die Schulleiterinnen und Schulleiter	145
6.3.2	Staatliche Schulämter	149
6.3.3	Auffassungen in Schulämtern	151
6.3.4	Pilotversuch im Bereich des Schulamts Groß-Gerau und Main-Taunus-Kreis	156
6.3.5	Die Pädagogischen Landesinstitute	159
6.3.6	Regionalkonferenzen für regionale Schulentwicklung	164

---

6.4	Reorganisation der Schulverwaltung und Resonanz in der Öffentlichkeit (Zusammenfassung)	166
<b>7</b>	<b>Die Schulreformen der 90er Jahre aus der Perspektive der Schulgemeinde: Die Ergebnisse einer Repräsentativerhebung</b> (G.F. Hepp)	<b>169</b>
7.1	Das steuerungstheoretische Argument	169
7.2	Das Verhältnis von Staat und Schule	175
7.3	Schulkonferenz	179
7.3.1	Stellenwert der Schulkonferenz und Kompetenzverteilung	180
7.3.2	Bewertung der Verlagerung von Entscheidungskompetenzen der Schulkonferenz zur Gesamtkonferenz	186
7.3.3	Leistungsfähigkeit und Effektivität der Schulkonferenz	190
7.4	Implementation und Umsetzung der Reformen in der Schule	193
7.5	Zukünftige Perspektiven der inneren Schulentwicklung	199
<b>8</b>	<b>Schule zwischen staatlicher Aufsicht und Selbststeuerung</b> (Zusammenfassung) (P.-L. Weinacht, G. F. Hepp)	<b>205</b>
8.1	Schulfrieden – eine hessische Illusion? – Die Bedeutung des politischen Umfelds für den Erfolg einer Reform	205
8.2	Allokation von Aufgaben und Entscheidungskompetenzen – Qualität des Hessischen Schulgesetzes nach der ersten Novelle (1997)	206
8.3	Die Rolle der Schulkonferenz: Anspruch und Gewöhnung	208
<b>9</b>	<b>Bibliographie</b>	<b>211</b>
<b>10</b>	<b>Anhang</b>	<b>220</b>